

Name:

Direkte Demokratie Deutschlands

Kurzbezeichnung:

DDD-Partei

Zusatzbezeichnung:

-

Anschrift:

**Robert-Gerwig-Straße 17
78244 Gottmadingen**

Telefon:

07731 9760521

Telefax:

-

E-Mail:

info@ddd-partei.de

I N H A L T

Übersicht der Vorstandsmitglieder

Satzung

Programm

(Stand: 24.05.2025)

Name:

Direkte Demokratie Deutschlands

Kurzbezeichnung:

DDD-Partei

Zusatzbezeichnung:

-

Bundesvorstand:

- | | |
|------------------|------------------|
| 1. Vorsitzender: | Sergej Dukart |
| 2. Vorsitzender: | Anton Dukart |
| 3. Vorsitzender: | Alexander Dukart |

Landesverbände:

./.



Inhaltsverzeichnis der Bundessatzung der Partei „Direkte Demokratie Deutschlands“ (DDD-Partei)

Präambel	Seite 3
§1 Name und Sitz	Seite 3
§2 Zweck	Seite 3
§3 Mitgliedschaft	Seite 4
§4 Erwerb der Mitgliedschaft	Seite 4
§5 Rechte der Parteimitglieder	Seite 5
§6 Pflichten der Parteimitglieder	Seite 5
§7 Beendigung der Mitgliedschaft	Seite 6
§8 Ordnungsmaßnahmen bei Pflichtverletzungen	Seite 6
§9 Organe der Partei	Seite 7
§10 Expertenrat	Seite 9
§11 Gliederung der Partei	Seite 10
§12 Bundespartei und Landesverbände	Seite 10
§13 Finanzierung	Seite 10
§14 Mitgliederversammlung	Seite 11
§15 Satzungsänderungen	Seite 11
§16 Auflösung der Partei	Seite 12
§17 Beginn der Amtszeit und Mindestanzahl der Parteimitglieder	Seite 12
§18 Inkrafttreten	Seite 12



Abschnitt B: Finanzordnung

Präambel	Seite 13
§1 Grundsätze der Finanzwirtschaft	Seite 13
§2 Mitgliedsbeiträge	Seite 13
§3 Ausgaben	Seite 14
§4 Buchführung	Seite 14
§5 Rechnungsprüfung	Seite 14
§6 Vermögensverwaltung	Seite 15
§7 Mandatsträgerabgaben	Seite 15
§8 Änderungen der Finanzordnung	Seite 15
§9 Inkrafttreten	Seite 15

Abschnitt C: Schiedsgerichtsordnung

Präambel	Seite 16
§1 Anwendungsbereich	Seite 16
§2 Schiedsgericht	Seite 16
§3 Einleitung des Verfahrens	Seite 17
§4 Verfahren	Seite 17
§5 Entscheidung	Seite 17
§6 Kosten	Seite 17
§7 Vertraulichkeit	Seite 17
§8 Änderungen der Schiedsgerichtsordnung	Seite 18
§9 Inkrafttreten	Seite 18



Bundessatzung der Partei „Direkte Demokratie Deutschlands“ (DDD-Partei)

Präambel

Die Partei Direkte Demokratie Deutschlands (DDD-Partei) setzt sich für die Verwirklichung einer gerechten, nachhaltigen und zukunftsorientierten Gesellschaft ein, in der die Prinzipien der direkten Demokratie fest im politischen Leben Deutschlands verankert sind. Unser Ziel ist es, die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Entscheidungsprozesse einzubinden, das Vertrauen in die Politik zu erneuern und eine partizipative, transparente Kultur zu etablieren. Die DDD-Partei verpflichtet sich zu Förderung der direkten Demokratie, Friedenspolitik, sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und technologischer Innovation für den Wohlstand Deutschlands.

§1 Name und Sitz

(1) Die Partei trägt den Namen „Direkte Demokratie Deutschlands“. Die Abkürzung lautet „DDD-Partei“.

(2) Der Sitz der Partei befindet sich in Gottmadingen, Baden-Württemberg.

§2 Zweck

(1) Zweck der Partei ist es, die politische Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger aktiv zu fördern und ihnen durch digitale und direkte Demokratieprozesse eine Stimme in allen relevanten politischen Entscheidungen zu geben.

(2) Die Partei fördert eine transparente und gerechte politische Kultur durch die Nutzung moderner Technologien, wie einer digitalen Plattform zur direkten Bürgerbeteiligung.

(3) Die Tätigkeit der Partei erstreckt sich auf die gesamte Bundesrepublik Deutschland und soll als Vorbild für die EU sein.



§3 Mitgliedschaft

(1) Jede natürliche Person mit deutschem Wohnsitz oder deutscher Staatsbürgerschaft kann Mitglied der DDD-Partei werden, sofern sie das 16. Lebensjahr vollendet hat und die Grundsätze und Satzungen der DDD-Partei anerkennt. Personen, die infolge Richterspruchs die Amtsfähigkeit, die Wählbarkeit oder das Wahlrecht nicht besitzen, können nicht Mitglied werden.

(2) Doppelmitgliedschaften sind erlaubt.

(3) Der Antrag auf Mitgliedschaft kann digital durch die Registrierung auf der Webseite der Partei gestellt werden. Sollte im Rahmen der Registrierung die Vorlage von Nachweisen erforderlich sein, müssen diese von den Antragstellern hochgeladen bzw. nachgereicht werden, um eine ordnungsgemäße Überprüfung der Mitgliedschaft zu ermöglichen.

(4) Die Mitgliedschaft ist kostenlos. Die Bundespartei führt ein zentrales Mitgliederdateiregister.

(5) Bei einer Doppelmitgliedschaft dürfen Mitglieder einer anderen Partei oder Wahlvereinigung keine Ämter innerhalb der DDD-Partei wahrnehmen.

§4 Erwerb der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft in der DDD-Partei wird auf Grundlage dieser Satzung erworben. Der Aufnahmeantrag kann entweder per E-Mail oder durch digitale Registrierung und Verifizierung über die offizielle Internetseite der Partei gestellt werden.

(2) Nach der Gründung niederer Gliederungen wird die Mitgliedschaft bei der niedrigsten Parteigliederung erworben, in deren Zuständigkeitsgebiet das zukünftige Mitglied seinen Wohnsitz hat. Jedes Mitglied der DDD-Partei wird entsprechend seinem Wohnsitz automatisch Mitglied dieser Gliederung. Hat ein Mitglied mehrere Wohnsitze, bestimmt es selbst, wo es Mitglied ist.

(3) Bei einem Wohnsitzwechsel in das Gebiet einer anderen Gliederung geht die Mitgliedschaft über, sofern nicht angegeben wird, dass das Mitglied in seiner bisherigen Gliederung bleiben möchte. Jedes Mitglied hat seinen Wohnsitzwechsel unverzüglich dem Bundesverband anzuzeigen.

(4) Jedes Mitglied erhält eine Mitgliedskennung.

(5) Über die Aufnahme neuer Mitglieder entscheidet der Bundesvorstand nach Prüfung der eingereichten Unterlagen. Die Entscheidung wird dem Antragsteller ausschließlich digital per E-Mail mitgeteilt.



(6) Ein Austritt aus der Partei ist jederzeit mit sofortiger Wirkung möglich. Er kann entweder durch eine digitale Austrittserklärung per E-Mail an die offizielle Kontaktadresse des Bundesvorstands oder durch eigenständige Löschung des persönlichen Mitgliedskontos auf der offiziellen Internetseite der Partei erklärt werden. Im Falle der Account-Löschung erfolgt der Austritt automatisch mit sofortiger Wirkung; alle personenbezogenen Daten des Mitglieds werden dabei im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften gelöscht. Der Eingang einer Austrittserklärung per E-Mail wird dem Mitglied digital bestätigt.

§5 Rechte der Parteimitglieder

(1) **Mitspracherecht:** Jedes Mitglied hat das Recht, an den Entscheidungsprozessen der Partei und der jeweiligen Gliederung teilzunehmen. Dies umfasst das Recht, an Mitgliederversammlungen und Parteitag teilzunehmen, Vorschläge einzubringen und an Abstimmungen teilzunehmen.

(2) **Wahlrecht:** Jedes Mitglied hat das Recht, in alle Organe der Partei gewählt zu werden, sofern es die Voraussetzungen erfüllt, sowie das Recht, bei Wahlen und Abstimmungen seine Stimme in der entsprechenden Gliederung abzugeben.

(3) **Information:** Jedes Mitglied hat das Recht auf umfassende Informationen über die Aktivitäten, Beschlüsse und Finanzen der Partei. Die Partei verpflichtet sich, regelmäßig über ihre Arbeit zu berichten.

(4) **Recht auf Beschwerde:** Jedes Mitglied hat das Recht, Beschwerden über Entscheidungen oder Handlungen der Partei oder ihrer Organe einzureichen. Diese Beschwerden sind zeitnah zu prüfen und zu beantworten.

§6 Pflichten der Parteimitglieder

(1) **Aktive Teilnahme:** Jedes Mitglied der Partei hat die Pflicht, im Rahmen dieser Satzung die Zwecke der DDD-Partei zu fördern und sich an der politischen und organisatorischen Arbeit zu beteiligen.

(2) **Solidarität:** Jedes Mitglied verpflichtet sich, die Ziele und Werte der Partei zu unterstützen und sich solidarisch mit anderen Mitgliedern zu verhalten. Dies schließt den respektvollen Umgang miteinander ein.

(3) **Verschwiegenheit:** Jedes Mitglied ist verpflichtet, über interne Angelegenheiten der Partei, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind, Stillschweigen zu bewahren.

(4) **Einhaltung der Satzung:** Jedes Mitglied hat die Pflicht, die Satzung der Partei sowie die Beschlüsse der Organe zu respektieren und einzuhalten.



(5) **Engagement für die Gemeinschaft:** Jedes Mitglied sollte sich aktiv für die Belange der Gemeinschaft einsetzen und die Werte der Partei in der Gesellschaft vertreten.

§7 Beendigung der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft endet durch:

- Tod,
- Austritt,
- Verlust oder Aberkennung der Wählbarkeit oder des Wahlrechts,
- Ausschluss aus der Partei.

(2) Bei Beendigung der Mitgliedschaft erlischt die Mitgliedskennung und wird aus dem Mitgliederdateiregister gelöscht. Ein Anspruch auf Rückzahlung von freiwilligen Beiträgen oder Spenden besteht nicht.

§8 Ordnungsmaßnahmen bei Pflichtverletzungen

(1) Verstöße von Mitgliedern gegen die Satzung oder Grundsätze der DDD-Partei werden mit Ordnungsmaßnahmen geahndet, sofern der Partei als Ganzes oder deren Gliederungen ein Schaden zugefügt wurde. Dabei ist §10 Abs. 5 PartG zu beachten.

(2) Bei wiederholten oder schweren Verstößen gegen die Pflichten eines Mitglieds oder eines Verbands kann der Bundesvorstand oder der Vorstand eines Landesverbandes ein Verfahren zur Überprüfung von Ordnungsmaßnahmen einleiten. Verstöße können mit folgenden Ordnungsmaßnahmen geahndet werden:

- Verwarnung,
- Verweis,
- Enthebung von einem Parteiamt,
- Aberkennung der Fähigkeit, ein Parteiamt zu bekleiden,
- Ausschluss aus der Partei,
- Auflösung eines Verbands.

(3) Der Ausschluss eines Mitglieds kann nur durch einen Beschluss des Bundesvorstands erfolgen und muss dann beim Schiedsgericht beantragt werden. Das betroffene Mitglied hat das Recht, sich zu den Vorwürfen zu äußern.

(4) In dringenden und schwerwiegenden Fällen, die sofortiges Eingreifen erfordern, kann der Vorstand das Mitglied von der Ausübung seiner Rechte bis zur Entscheidung des Schiedsgerichts ausschließen.



(5) Das Schiedsgericht kann statt der verhängten oder beantragten auch eine mildere Ordnungsmaßnahme aussprechen.

(6) Auch in Untergliederungen gelten diese Ordnungsmaßnahmen.

(7) Parlamentarische Gruppen der DDD-Partei sind gehalten, ein rechtskräftig ausgeschiedenes oder ausgeschlossenes Mitglied aus ihrer Gruppe auszuschließen.

§9 Organe der Partei

(1) Die Organe der Partei sind:

1. Der Bundesvorstand
2. Der Bundesparteitag
3. Das Bundesschiedsgericht
4. Expertenrat
5. Die Gründungsversammlung

(2) Die Gründungsversammlung tagt nur einmal, und zwar am 03.03.2024.

§ 9a Bundesvorstand

(1) Der Bundesvorstand vertritt die DDD-Partei nach innen und außen. Er beschließt über alle organisatorischen und politischen Fragen im Sinne der Beschlüsse des Bundesparteitages, dabei muss auch innerhalb der Partei das Prinzip der direkten Demokratie stetig beachtet werden. Der Vorstand kann einzelne Vorstandsmitglieder als Vertreter oder mehrere Vorstandsmitglieder als gemeinschaftliche Vertretung nach außen ermächtigen.

(2) Der Bundesvorstand besteht aus einem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, dem politischen Geschäftsführer und optional dessen Stellvertreter, dem Schatzmeister und optional dessen Stellvertreter und dem Generalsekretär und optional dessen Stellvertreter. Der Vorsitzende und politische Geschäftsführer sind für die politische Leitung und politische Außenvertretung, die Schatzmeister für die Finanzangelegenheiten, und die Generalsekretäre für die innerparteiliche Organisation und Verwaltung zuständig. Scheidet ein Amtsträger aus dem Vorstand aus, übernimmt dessen Stellvertreter sein Amt.

(3) Die Mitglieder des Bundesvorstands werden vom Bundesparteitag alle zwei Jahre gewählt mit einer einfachen Mehrheit gewählt. Der Bundesvorstand bleibt bis zur Wahl eines neuen Bundesvorstands im Amt. Ist ein Vorstandsamt durch Rücktritt oder eine geheim abzustimmende Abwahl unbesetzt, so kann dieses vom Bundesparteitag durch Nachwahl neu besetzt werden. Die Amtszeit eines nachgewählten Vorstandsmitgliedes endet spätestens mit der Neuwahl des Vorstandes.

(4) Der Bundesvorstand tritt mindestens einmal jährlich zusammen. Er wird vom Bundesvorsitzenden oder bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter mit einer Frist



von zwei Wochen unter Angabe der Tagesordnung und des Tagungsortes einberufen. Bei außerordentlichen Anlässen kann die Einberufung auch kurzfristiger erfolgen. Der Parteivorstand entscheidet, ob seine Sitzung in Präsenz, hybrid oder rein virtuell stattfindet.

(5) Auf Antrag von zwei Dritteln der Mitglieder kann der Bundesvorstand zum Zusammentritt aufgefordert und mit aktuellen Fragestellungen befasst werden.

(6) Der Bundesvorstand beteiligt sich an der Kandidatenauswahl für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament unter Beachtung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Insbesondere ist der Bundesvorstand, zusammen mit dem zuständigen Landesvorstand, gemäß § 21 Abs. 4 des Bundeswahlgesetzes und § 10 Abs. 4 des Europawahlgesetzes berechtigt, Einspruch gegen den Beschluss einer Mitgliederversammlung zur Bewerberaufstellung einzulegen.

(7) Der Bundesvorstand behält es sich vor, bei Bedarf sich eine Geschäftsordnung zu geben.

§ 9b Bundesparteitag

(1) Der Bundesparteitag ist die Mitgliederversammlung auf Bundesebene. § 9 PartG gilt entsprechend. Der Parteitag ist das oberste Organ der Partei. Er berät und beschließt über grundsätzliche politische und organisatorische Frage. Das Prinzip der direkten Demokratie ist auch hier stets zu wahren.

(2) Der Bundesparteitag muss mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr zusammentreten. Die Einberufung erfolgt auf Grundlage eines Vorstandsbeschlusses oder wenn zwei Drittel der Parteimitglieder es beantragen. Der Vorstand lädt jedes Mitglied mindestens 1 Monat vorher unter Angabe der Tagesordnung, des Tagungsortes und der Art der Tagungen. Die Einladung erfolgt in Textform elektronisch, postalisch oder durch Veröffentlichung auf der offiziellen Webseite bzw. der digitalen Plattform der Bundespartei. Bei außerordentlichen Anlässen kann die Einberufung auch kurzfristiger erfolgen.

(3) Der Parteitag kann auch als virtueller Parteitag abgehalten werden, bei dem einzelne oder alle Mitglieder ohne physische Anwesenheit am Versammlungsort durch gleichzeitige Bild- und Tonübertragung teilnehmen können. Sie haben die Möglichkeit, ihre Mitwirkungsrechte, insbesondere das Rederecht und das Recht zur Ausübung des Stimmrechts, über elektronische Kommunikationsmittel auszuüben. Anstelle eines virtuellen Parteitages kann ein Präsenzparteitag einberufen werden, wenn dies schriftlich beantragt wird.

(4) Ist der Bundesvorstand handlungsunfähig, kann ein außerordentlicher Bundesparteitag einberufen werden. Dies geschieht mit einer Frist von einer Woche. Er dient ausschließlich der Wahl eines neuen Vorstandes.

(5) Bei ordentlichen Bundesparteitagungen können Anträge zur Tagesordnung bis zu zwei Wochen vor dem Parteitag von allen Mitgliedern gestellt werden. Diese Anträge müssen auf der Homepage bzw. der digitalen Plattform der DDD-Partei eingereicht werden. Damit sich der Vorstand einen besseren Überblick darüber verschaffen kann, welche Themen für die Mitglieder eine hohe Priorität haben, werden die Anträge zur Tagesordnung und dessen



Themeninhalt auf der digitalen Plattform hochgeladen. Dort können die Mitglieder abstimmen welcher Themenkomplex priorisiert wird. Der Vorstand ist verpflichtet dies zu beachten.

(6) Der Bundesparteitag behält es sich vor, bei Bedarf sich eine Geschäftsordnung zu geben. Diese Geschäftsordnung gilt auch für weitere Parteitage, es sein denn diese wird durch Beschluss geändert.

(7) Der Parteitag beschließt Beschlüsse grundsätzlich mit einfacher Mehrheit, solange ein Paragraph in der Satzung dies nicht näher bestimmt. Näheres ist in der Geschäftsordnung geregelt. Stimmberechtigt sind alle Mitglieder, § 9 Abs. 2 PartG ist dabei zu wahren.

(8) Der Parteitag hat das Recht, über die Parteiprogramme, die Satzung, die Beitragsordnung, die Schiedsgerichtsordnung, die Finanzordnung, die Auflösung der Partei sowie die Fusion mit anderen Parteien zu entscheiden. Zudem wählt der Parteitag unter anderem den Parteivorstand. Alle zwei Jahre nimmt der Parteitag einen Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes entgegen und beschließt darüber.

(9)) Gäste können vom Parteivorstand als Teilnehmer des Parteitages zugelassen werden. Gäste haben kein Stimmrecht.

(10) Der Bundesparteitag wählt zwei Rechnungsprüfer, die den finanziellen Abschnitt des Tätigkeitsberichts des Vorstandes vor der Abstimmung darüber überprüfen. Die Ergebnisse dieser Prüfung werden dem Parteitag mitgeteilt und protokolliert. Anschließend werden die Rechnungsprüfer von ihrer Aufgabe entbunden.

(11) Sämtliche Beschlüsse des Bundesparteitags sind schriftlich in einem Protokoll festzuhalten. Das Protokoll muss von der Versammlungsleitung und dem Protokollführer unterzeichnet werden. Das Protokoll ist im digitalen Mitgliederregister zu speichern und den Mitgliedern zugänglich zu machen.

§10 Expertenrat

(1) Der Parteivorstand kann zur fundierten Bearbeitung komplexer Themen und Programmfragen einen oder mehrere Expertenräte einberufen, die ihn beratend unterstützen.

(2) Die Mitglieder des Expertenrats müssen nicht zwingend Parteimitglieder sein und können jederzeit vom Parteivorstand abberufen werden.

(3) Mitglieder mit spezifischen Fachkenntnissen in bestimmten Themenbereichen können den Antrag stellen, ständiges Mitglied eines Expertenrats für diesen Bereich zu werden. Diese Mitglieder haben ein beratendes Mitspracherecht bei der Auswahl der einzuladenden Experten.



§11 Gliederung der Partei

- (1) Die DDD-Partei gliedert sich in Landesverbände. Jeder Landesverband hat einen eigenen Vorstand in jeweiligem Organ, der von den Parteimitgliedern des jeweiligen Bundeslandes gewählt wird.
 - (2) Die Gründung eines Landesverbandes muss vom Bundesvorstand genehmigt werden.
 - (3) Landesverbände können nach ihren Bedürfnissen weitere Untergliederungen schaffen, wie Orts-, Kreis- und Bezirksverbände. Diese Untergliederungen dürfen jedoch der Bundessatzung nicht widersprechen.
 - (4) Die Landesverbände geben dem Bundesvorstand rechtzeitig Kenntnis über geplante Landesparteitage. Der Bundesvorstand hat auf allen Landesparteitagen Rederecht.
 - (5) Die Gliederungen sind verpflichtet, die Bundespartei regelmäßig über alle wesentlichen Vorgänge zu informieren.
-

§12 Bundespartei und Landesverbände

- (1) Die Landesverbände sind verpflichtet, die Einheit der Partei zu sichern und alles zu unterlassen, was gegen die Grundsätze der Partei verstößt.
 - (2) Verletzen Landesverbände oder ihnen nachgeordnete Gliederungen diese Pflichten, ist der Bundesvorstand berechtigt, die Landesverbände zur Einhaltung dieser Pflichten aufzufordern.
-

§13 Finanzierung

- (1) Die Partei finanziert sich durch freiwillige Spenden, Mitgliedsbeiträge und öffentliche Mittel.
 - (2) Zukünftig plant die Partei, ihre Finanzierung durch neue Technologien wie Blockchain und Künstliche Intelligenz (KI) zu realisieren. Diese Technologien sollen Transparenz und Effizienz in der Parteifinanzierung gewährleisten.
 - (3) Die Mittel der Partei werden hauptsächlich für die Weiterentwicklung der digitalen Plattform der Partei eingesetzt, um die direkte Demokratie weiter auszubauen.
 - (4) Alle eingesetzten Mittel der Partei werden für die Mitglieder und die Öffentlichkeit in Echtzeit transparent und sichtbar gemacht. Dies bedeutet, dass jede Transaktion und Verwendung der Mittel live einsehbar sind, um maximale Transparenz und Nachvollziehbarkeit sicherzustellen.
-



(5) Alle Einnahmen und Ausgaben der Partei müssen ordnungsgemäß dokumentiert und für Parteimitglieder einsehbar sein.

(6) Über die Mittelverwendung entscheidet der Bundesvorstand auf Grundlage der Parteibeschlüsse.

§14 Mitgliederversammlung

(1) Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ der Partei auf der jeweiligen Gliederungsebene. Sie entscheidet über alle wesentlichen Angelegenheiten der Partei, soweit diese nicht anderen Organen zugewiesen sind.

(2) Ordentliche Mitgliederversammlungen finden einmal jährlich statt und können entweder digital über das Internet oder als physisches Mitgliedertreffen abgehalten werden.

(3) Außerordentliche Versammlungen können vom Vorstand einberufen werden, wenn dies im Interesse der Partei erforderlich ist.

(4) Der Vorstand ist verpflichtet, eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen, wenn mindestens 25 % der stimmberechtigten Mitglieder dies schriftlich verlangen.

(5) Einladungen zu Mitgliederversammlungen erfolgen in schriftlicher oder digitaler Form unter Angabe der Tagesordnung und unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen.

(6) Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, unabhängig von der Anzahl der anwesenden Mitglieder.

(7) Über jede Mitgliederversammlung ist ein Protokoll zu führen, das von der Versammlungsleitung und dem Protokollführer unterzeichnet wird.

§15 Satzungsänderungen

(1) Änderungen der Satzung können nur vom Bundesparteitag beschlossen werden.

(2) Anträge auf Satzungsänderungen können vom Bundesvorstand, den Landesvorständen oder von mindestens 25 % der stimmberechtigten Mitglieder gestellt werden.

(3) Satzungsänderungen bedürfen einer Dreiviertel-Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten-Delegierten des Bundesparteitages.

(4) Alle Satzungsänderungen müssen mit den Grundsätzen der direkten Demokratie im Einklang stehen. Änderungen, die gegen die Prinzipien der direkten Demokratie verstoßen, sind unzulässig.



§16 Auflösung der Partei

- (1) Die Auflösung der Partei kann nur auf einem speziell einberufenen Bundesparteitag beschlossen werden.
 - (2) Die Auflösung bedarf der Zustimmung von mindestens 90% der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder.
 - (3) Im Falle der Auflösung der Partei ist das verbleibende Parteivermögen einer gemeinnützigen Organisation zuzuführen, die sich für die Förderung der Demokratie und der politischen Bildung einsetzt.
 - (4) Der Bundesvorstand ist verpflichtet, für die Durchführung der Auflösung zu sorgen.
 - (5) Ein Beschluss über die Auflösung der Partei oder deren Verschmelzung mit anderen Parteien bedarf der Bestätigung durch eine Urabstimmung aller Parteimitglieder. Die Urabstimmung erfolgt digital über die offizielle Plattform der Partei und muss innerhalb von drei Monaten nach dem Beschluss des Bundesparteitags durchgeführt werden. Der Beschluss gilt nur dann als wirksam, wenn mindestens zwei Drittel der abgegebenen Stimmen diesem zustimmen.
-

§17 Beginn der Amtszeit und Mindestanzahl der Parteimitglieder

- (1) Die Amtszeit der bei der Gründungsversammlung gewählten Vorstände beginnt unmittelbar mit der Wahl durch die Gründungsversammlung und endet mit der Wahl eines neuen Vorstands durch den Bundesparteitag.
 - (2) Der Bundesvorstand wird mindestens alle zwei Jahre vom Bundesparteitag gewählt, um den Anforderungen des Parteiengesetzes (§11 Abs. 1 Satz 1 PartG) zu entsprechen.
 - (3) Die Partei verpflichtet sich, ihre Parteitätigkeiten und politischen Entscheidungen unabhängig von der Anzahl der Parteimitglieder nach den Grundsätzen der Satzung und des Parteiengesetzes durchzuführen.
 - (4) Jede Anpassung der Parteirichtung oder politischer Entscheidungen darf in keinem Fall den Grundsatz der direkten Demokratie verletzen.
-

§18 Inkrafttreten

- (1) Diese Bundessatzung tritt mit Beschluss des Parteitages am 03.03.2024 in Kraft.

Abschnitt B: Finanzordnung

Präambel

Diese Finanzordnung regelt die finanziellen Angelegenheiten der DDD-Partei und stellt sicher, dass alle finanziellen Transaktionen transparent, nachvollziehbar und im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt werden. Die DDD-Partei verpflichtet sich zu einer verantwortungsvollen und modernen Finanzpolitik, die auf den Grundsätzen der direkten Demokratie und innovativen Technologien basiert.

§1 Grundsätze der Finanzwirtschaft

(1) Die finanziellen Mittel der DDD-Partei werden ausschließlich zur Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben verwendet. Die Mittel setzen sich zusammen aus:

- Freiwilligen Mitgliedsbeiträgen
- Freiwilligen Spenden
- Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln auf Grundlage gesetzlicher Bestimmungen
- Sonstigen Einnahmen.

(2) Alle Einnahmen und Ausgaben der Partei sind ordnungsgemäß zu dokumentieren, zu überprüfen und für Parteimitglieder sowie die Öffentlichkeit in Echtzeit transparent und sichtbar zu machen. Dies wird zukünftig durch den Einsatz von Blockchain-Technologie realisiert.

(3) Die DDD-Partei verpflichtet sich zu einer nachhaltigen und transparenten Finanzpolitik, die den Prinzipien der direkten Demokratie folgt und eine verantwortungsvolle Verwaltung der finanziellen Mittel sicherstellt.

§2 Mitgliedsbeiträge

(1) Die Mitgliedschaft in der DDD-Partei ist grundsätzlich kostenlos.

(2) Die freiwillige Leistung eines Mitgliedsbeitrags durch Parteimitglieder ist zulässig und wird begrüßt. Diese Beiträge unterstützen die Finanzierung der parteiinternen Aktivitäten, insbesondere im Bereich der digitalen Weiterentwicklung.



§3 Ausgaben

- (1) Ausgaben dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke und nach vorheriger Genehmigung durch den Bundesvorstand getätigt werden.
 - (2) Jede Ausgabe ist durch einen Beleg nachzuweisen und wird in einem digitalen, transparenten Ausgabensystem dokumentiert.
 - (3) Die Ausgaben sind in einem jährlichen Haushaltsplan festzulegen, der vom Parteitag genehmigt werden muss. Der Haushaltsplan wird ebenfalls in Echtzeit auf der digitalen Plattform der Partei veröffentlicht.
-

§4 Buchführung

- (1) Die DDD-Partei führt eine ordnungsgemäße Buchführung, die alle Einnahmen und Ausgaben erfasst. Diese hat den Vorschriften des Parteiengesetzes (PartG) zu entsprechen. Gleiches gilt für den jährlichen Rechenschaftsbericht, der von einem unabhängigen Rechnungsprüfer zu prüfen ist.
 - (2) Die Buchführung erfolgt nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) und wird durch den Einsatz moderner Technologien wie Blockchain und Künstliche Intelligenz unterstützt, um maximale Transparenz und Effizienz zu gewährleisten.
 - (3) Die Partei erstellt für jedes Geschäftsjahr einen geprüften Rechenschaftsbericht über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel gemäß den Vorgaben des Parteiengesetzes (§§23-31 PartG). Dieser Bericht ist bis spätestens zum 30. September des Folgejahres beim Präsidenten des Deutschen Bundestages einzureichen.
-

§5 Rechnungsprüfung

- (1) Der Parteitag wählt zwei unabhängige Rechnungsprüfer, die weder Vorstandsmitglieder noch deren Angehörige sein dürfen. Diese Rechnungsprüfer überprüfen die Finanzunterlagen der Partei jährlich.
- (2) Die Rechnungsprüfer berichten dem Parteitag über das Ergebnis ihrer Prüfung und veröffentlichen die Ergebnisse transparent auf der digitalen Plattform der Partei.

Der geprüfte Rechenschaftsbericht muss von den gewählten Rechnungsprüfern bestätigt werden, bevor er an den Präsidenten des Deutschen Bundestages übermittelt wird. Die Prüfungsunterlagen sind mindestens fünf Jahre aufzubewahren.

- (3) Nach Abschluss ihrer Prüfung sind die Rechnungsprüfer von ihren Pflichten entbunden.
-



§6 Vermögensverwaltung

- (1) Das Vermögen der Partei wird durch den Schatzmeister verwaltet.
 - (2) Der Schatzmeister ist für die ordnungsgemäße Verwaltung der finanziellen Mittel verantwortlich und hat dem Bundesvorstand regelmäßig über den Stand der Finanzen zu berichten. Diese Berichte werden ebenfalls transparent und öffentlich auf der digitalen Plattform bereitgestellt.
-

§7 Mandatsträgerabgaben

Parteimitglieder, die durch ihre Tätigkeit in einem Amt außerhalb der Partei Einnahmen erzielen (insbesondere Mandatsträger), sind verpflichtet, 5 % dieser Einnahmen an eine von ihnen gewählte Gliederung zu zahlen. In begründeten Einzelfällen kann der Bundesvorstand auf Antrag von dieser Regelung abweichen.

§8 Änderungen der Finanzordnung

- (1) Änderungen dieser Finanzordnung können nur durch einen Beschluss des Parteitages mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlossen werden.
 - (2) Vorschläge zur Änderung der Finanzordnung müssen mindestens vier Wochen vor dem Parteitag schriftlich eingereicht werden.
-

§9 Inkrafttreten

- (1) Diese Finanzordnung tritt mit Beschluss des Parteitages am 03.03.2024 in Kraft.
-



Abschnitt C: Schiedsgerichtsordnung

Präambel

Diese Schiedsgerichtsordnung regelt die Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten innerhalb der DDD-Partei. Ziel ist es, Konflikte fair, schnell und effizient zu lösen, um die Einheit und den Zusammenhalt der Partei zu wahren. Die Prinzipien der direkten Demokratie und die Grundwerte der Partei stehen hierbei im Mittelpunkt.

§1 Anwendungsbereich

- (1) Diese Ordnung gilt für alle Streitigkeiten, die sich aus der Mitgliedschaft in der DDD-Partei oder aus der Auslegung und Anwendung der Satzung und anderer interner Regelungen ergeben.
 - (2) Ausgenommen sind Streitigkeiten, die durch die Satzung oder andere Regelungen ausdrücklich einem anderen Verfahren zugewiesen sind.
 - (3) Diese Schiedsgerichtsordnung ist für jede Untergliederung der Partei bindend.
-

§2 Schiedsgericht

- (1) Das Schiedsgericht besteht aus drei gewählten Mitgliedern (Richtern), die von der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit gewählt werden. Diese Richter leiten das Schiedsgericht und führen dessen Geschäfte. Schiedsgerichte arbeiten unabhängig und sind an keine Weisungen gebunden.
- (2) Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen nicht dem Vorstand oder einem anderen Organ der Partei angehören.
- (3) Die Richter fällen ihre Entscheidungen nach bestem Wissen und Gewissen auf Grundlage der Satzung und der gesetzlichen Vorgaben.
- (4) Auf der Bundes- und Landesebene werden Schiedsgerichte eingerichtet. Die Landesverbände können durch Satzung die Einrichtung von Schiedsgerichten auf untergeordneter Gliederungsebene zulassen.
- (5) Die Amtszeit der Schiedsrichter beträgt zwei Jahre. Wiederwahl ist zulässig.
- (6) Versucht jemand, das Verfahren zu beeinflussen, ist das Schiedsgericht verpflichtet, dies unverzüglich bekannt zu machen.
- (7) Schiedsgerichte geben sich eine eigene Geschäftsordnung.



§3 Einleitung des Verfahrens

- (1) Ein Schiedsverfahren wird durch schriftlichen Antrag eines Mitglieds eingeleitet, der an den Vorsitzenden des Schiedsgerichts zu richten ist.
 - (2) Der Antrag muss die Streitgegenstände, die beteiligten Parteien und die wesentlichen Tatsachen, auf denen der Antrag basiert, enthalten.
-

§4 Verfahren

- (1) Das Schiedsgericht bestimmt einen Termin für die mündliche Verhandlung, der den Parteien rechtzeitig bekannt gegeben wird.
 - (2) Die Parteien haben das Recht, sich in der Verhandlung zu äußern und Beweismittel vorzulegen.
 - (3) Das Schiedsgericht kann Zeugen und Sachverständige laden, um die Streitigkeit aufzuklären.
 - (4) Die Verhandlung ist nicht öffentlich, es sei denn, die Parteien stimmen einer öffentlichen Verhandlung zu.
-

§5 Entscheidung

- (1) Das Schiedsgericht entscheidet mit einfacher Mehrheit.
 - (2) Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist schriftlich zu begründen und den Beteiligten innerhalb von vier Wochen nach Abschluss der Verhandlung mitzuteilen.
 - (3) Die Entscheidung ist endgültig und bindend für die Parteien.
-

§6 Kosten

- (1) Das Schiedsgerichtsverfahren ist kostenfrei. Jede Partei trägt ihre eigenen Kosten.
 - (2) Richter erhalten für ihre Tätigkeit keine Entschädigung.
-

§7 Vertraulichkeit

- (1) Die Mitglieder des Schiedsgerichts sowie die Parteien sind verpflichtet, über den Inhalt des Verfahrens und die Entscheidung Stillschweigen zu bewahren.
 - (2) Ausnahmen gelten nur, wenn gesetzliche Vorschriften eine Offenlegung verlangen.
-



§8 Änderungen der Schiedsgerichtsordnung

(1) Änderungen dieser Schiedsgerichtsordnung können nur durch einen Beschluss der Mitgliederversammlung mit einer einfachen Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlossen werden.

§9 Inkrafttreten

(1) Diese Schiedsgerichtsordnung tritt mit Beschluss der Mitgliederversammlung am 03.03.2024 in Kraft.



Inhaltsverzeichnis des Programms der Partei „Direkte Demokratie Deutschlands“ (DDD-Partei)

Datum: 03.03.2024

Präambel	Seite 2
1. Förderung der Direkten Demokratie in Deutschland	Seite 2
2. Innere Sicherheit und Justiz	Seite 3
3. Einwanderung und Integration	Seite 3
4. Familienförderung und Gleichstellung	Seite 4
5. Bildung	Seite 5
6. Kultur und Sprache	Seite 5
7. Reformierung der Europäischen Union (EU)	Seite 6
8. Neutralität und Unabhängigkeit Deutschlands	Seite 7
9. Positionierung Deutschlands zum Russland-Ukraine-Konflikt	Seite 8
10. Hybride Energieversorgung in Deutschland	Seite 8
11. Einstellung der Auszahlungen von Entwicklungshilfen und Reparationen	Seite 9
12. Reform der Staatsverwaltung und Digitalisierung	Seite 9
13. Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) und GEZ-Gebühren	Seite 10
14. Bürgergeldempfänger und öffentliche Arbeiten	Seite 11
15. Reform der Krankenkassen und Digitalisierung des Gesundheitssystems	Seite 11
16. Digitalisierung und Automatisierung öffentlicher Bereiche	Seite 13
17. Finanz- und Steuerreform	Seite 14
18. Bürgergeld und Mindestlohn	Seite 15
19. Wirtschaftspolitik und Marktregulierung	Seite 15
20. Umwelt und Wohlstand	Seite 16
21. Deutsche Wertmünze (DWM) – Ein digitales Gold für Deutschland	Seite 17
22. Renten und Generationenvertrag – Innovative Lösungen der DDD	Seite 18



Programm der Partei „Direkte Demokratie Deutschlands“ (DDD-Partei)

Präambel:

Die DDD-Partei (Direkte Demokratie Deutschlands) hat sich zum Ziel gesetzt, die Prinzipien der **direkten Demokratie** in Deutschland umfassend zu etablieren. Unser Hauptanliegen ist es, den Bürgerinnen und Bürgern des Landes mehr Mitsprache bei politischen Entscheidungen zu geben und diese Mitsprache als festes Element im politischen System Deutschlands zu verankern.

1. Förderung der Direkten Demokratie in Deutschland

Unser Ziel ist es, die repräsentative Demokratie durch direkte demokratische Elemente zu erweitern und den Bürgerinnen und Bürgern **mehr Einfluss auf die politischen Entscheidungen** ihres Landes zu geben. Durch diese Form der direkten Beteiligung wird die Zufriedenheit mit politischen Entscheidungen erhöht, da die Bürger direkt an der Entstehung und Umsetzung von Gesetzen und politischen Maßnahmen beteiligt sind. Dies stärkt das Vertrauen in die Politik und fördert die politische Teilhabe der Bevölkerung. Die DDD-Partei bietet den Bürgern die Möglichkeit, aktiv an der Gestaltung ihres Landes mitzuwirken. Wir stehen für eine **neue politische Kultur**, in der Transparenz, Mitbestimmung und das Wohl der gesamten Bevölkerung im Mittelpunkt stehen.

Die Entscheidungen sollen nicht mehr ausschließlich von gewählten Vertretern, sondern direkt von der Mehrheit der Bürger getroffen werden. Dadurch wird der **Einfluss von Lobbygruppen** stark eingeschränkt. Der Wille der Mehrheit der Bevölkerung steht im Mittelpunkt, nicht die Interessen von Minderheiten, die ihre Agenden durch Lobbyarbeit durchsetzen möchten. Private Interessen haben zudem weniger Chancen, politische Prozesse zu beeinflussen.

- **Einführung von Volksabstimmungen:** Wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger direkt über zentrale politische Fragen abstimmen können. Solche Abstimmungen sollen sowohl auf kommunaler, Landes- als auch auf Bundesebene zu allen wesentlichen politischen Themen möglich sein.

- **Digitale Beteiligung:** Um eine barrierefreie und umfassende Beteiligung zu gewährleisten, wird die DDD-Partei eine **digitale Plattform** entwickeln, auf der Bürger einfach, sicher und transparent über politische Themen abstimmen und ihre Meinungen einbringen können. Die Plattform wird mit modernen Technologien wie Blockchain und künstlicher Intelligenz



ausgestattet, um Bürokratie zu vermeiden, Manipulationen zu verhindern und die Integrität des Abstimmungsprozesses zu sichern.

- **Transparenz und Mitbestimmung:** Alle politischen Entscheidungen, die durch die DDD-Partei getragen werden, sollen **öffentlich einsehbar** und für alle Bürger verständlich sein. Politische Abläufe und Abstimmungsergebnisse werden in Echtzeit über die digitale Plattform bereitgestellt, sodass jede Bürgerin und jeder Bürger nachvollziehen kann, wie Entscheidungen zustande kommen und umgesetzt werden.

2. Innere Sicherheit und Justiz

Die DDD-Partei steht für eine starke, unabhängige und moderne Justiz, die für Sicherheit und Gerechtigkeit sorgt. Unser Ziel ist es, das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat zu stärken und die Sicherheit in Deutschland nachhaltig zu gewährleisten.

- **Unabhängige Justiz und weisungsfreie Staatsanwälte:** Wir setzen uns dafür ein, dass Staatsanwälte weisungsfrei und Richter unabhängig agieren können, um politische Einflussnahme auf Verfahren zu verhindern. Der Justizwahlausschuss und Justizverwaltungsrat, wie vom Deutschen Richterbund vorgeschlagen, sollen dabei helfen, die Unabhängigkeit der Justiz zu sichern. Zudem fordern wir die Einrichtung einer unabhängigen Kontrollinstanz zur Überwachung der Unabhängigkeit der Justiz.
- **Härtere Strafen für Gewaltdelikte:** Die DDD-Partei fordert die Einführung von strengeren Strafen für Gewalttaten, insbesondere bei Wiederholungstätern und schweren Verbrechen wie Körperverletzungen und sexuelle Übergriffe. Eine Reform des Jugendstrafrechts soll dazu beitragen, dass Straftäter frühzeitig sanktioniert und resozialisiert werden.
- **Abschiebung bei schwerwiegenden Straftaten:** Ausländische Bürger, die schwere Straftaten begehen oder als Wiederholungstäter auffallen, sollen abgeschoben und mit einem Landeinreiseverbot belegt werden. Dabei legen wir Wert auf faire Verfahren, die mit den Menschenrechten im Einklang stehen.
- **Grenzkontrollen verstärken:** Um die Sicherheit Deutschlands zu gewährleisten, fordert die DDD-Partei eine Aufstockung von Personal und Ressourcen für die Grenzüberwachung. Moderne Technologien wie biometrische Systeme und Drohnen sollen eingesetzt werden, um illegale Einreisen und den Schmuggel frühzeitig zu erkennen und zu verhindern.

3. Einwanderung und Integration

Die DDD-Partei setzt sich für eine geordnete und zielgerichtete Einwanderungspolitik ein, die den Fachkräftemangel in Deutschland adressiert und gleichzeitig die Sicherheit und den



sozialen Frieden im Land schützt. Illegale Einwanderung muss konsequent verhindert werden, während qualifizierte Fachkräfte gezielt und nach klaren Kriterien angeworben werden.

- **Konsequente Abschiebung illegaler Einwanderer:** Personen, die illegal nach Deutschland eingereist sind, sollen konsequent abgeschoben werden. Wir setzen uns für eine effiziente und rechtssichere Abwicklung von Abschiebungen ein und fordern die Einführung digitalisierter Verfahren, um den Prozess zu beschleunigen.
- **Keine Masseneinwanderung:** Die DDD-Partei lehnt unkontrollierte Masseneinwanderung ab und fordert eine kontrollierte, bedarfsorientierte Einwanderung, die auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts und der Gesellschaft abgestimmt ist. Sozialsysteme dürfen nicht überlastet werden, und die Integration von Einwanderern muss gewährleistet sein.
- **Gezielte Anwerbung von Fachkräften:** Um den Fachkräftemangel in Deutschland zu bekämpfen, setzen wir auf die gezielte Anwerbung von qualifizierten Fachkräften mit einer in Deutschland anerkannten Berufsausbildung, mehrjähriger Berufserfahrung und guten deutschen Sprachkenntnissen. Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse soll dabei beschleunigt und vereinfacht werden.
- **Klare Voraussetzungen für Einwanderung:** Einwanderer müssen nachweisen, dass sie eine anerkannte Berufsausbildung haben, über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen und finanziell unabhängig sind. Ein punktbasiertes System könnte zur Auswahl der besten Kandidaten beitragen, um sicherzustellen, dass nur jene Fachkräfte einwandern, die einen positiven Beitrag leisten können.

4. Familienförderung und Gleichstellung

Die DDD-Partei setzt sich für eine Erhöhung der Geburtenrate und die Gleichstellung von Mann und Frau im Berufsleben ein. Unser Ziel ist es, durch gezielte Maßnahmen Frauen zu entlasten und die Entscheidung für Kinder finanziell attraktiver zu machen, ohne dass dies langfristig zu einer Benachteiligung führt.

- **Zusatzrente für Frauen pro geborenes Kind:** Um die finanzielle Sicherheit von Frauen im Rentenalter zu stärken und die Geburtenrate zu erhöhen, fordert die DDD-Partei die Einführung einer **Zusatzrente** für Frauen, die ab dem Renteneintrittsalter, pro geborenes Kind ausgezahlt wird. Die Höhe dieser Rente hängt von der Anzahl der Kinder ab. Diese Zusatzrente wird zusätzlich zur normalen gesetzlichen Rente gewährt und trägt dazu bei, die finanzielle Benachteiligung von Frauen aufgrund der Kindererziehung auszugleichen.
- **Kostenloser Kindergartenplatz:** Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, fordert die DDD-Partei die Einführung von **kostenlosen Kindergartenplätzen** für alle Kinder.



Dies entlastet Familien finanziell und ermöglicht es beiden Elternteilen, einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen, während die Kinder eine qualitativ hochwertige Betreuung erhalten.

5. Bildung

Die DDD-Partei steht für eine gerechte und moderne Bildungspolitik, die allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen bietet. Wir fordern eine kostenfreie, qualitativ hochwertige Bildung sowie einheitliche Standards im Schulsystem, um die Bildungsgerechtigkeit in Deutschland zu fördern.

- **Kostenfreie Bildung bis zum Abitur:** Wir fordern die Einführung von **kostenfreier Bildung** bis zum Erreichen des Abiturs. Dies umfasst den Unterricht, notwendige Lernmaterialien sowie Schulverpflegung und Fahrkosten, um sicherzustellen, dass alle Kinder unabhängig von ihrer finanziellen Lage die gleichen Chancen auf eine gute Bildung haben.
- **Vereinheitlichung des Schulsystems:** Die DDD-Partei fordert die **Vereinheitlichung des Schulsystems** in allen Bundesländern. Gleiche Lehrpläne und Bildungsstandards sollen in ganz Deutschland gelten, um Chancengleichheit zu gewährleisten und den Wechsel zwischen Schulen zu erleichtern. Schulen behalten jedoch weiterhin die Freiheit, ihre Lehrmethoden an die Bedürfnisse der Schüler anzupassen.
- **Digitalisierung der Schulen:** Um die Schülerinnen und Schüler auf die Anforderungen der Zukunft vorzubereiten, setzen wir uns für eine umfassende **Digitalisierung der Schulen** ein. Schulen sollen mit moderner digitaler Infrastruktur ausgestattet und Lehrer entsprechend geschult werden.
- **Chancengleichheit und Inklusion:** Bildung muss für alle zugänglich sein. Daher setzen wir uns für eine inklusive Bildungspolitik ein, die Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf aktiv fördert und unterstützt.

6. Kultur und Sprache

Die DDD-Partei setzt sich für den Erhalt und die Förderung der deutschen Kultur und Sprache ein. Diese Werte sind für uns die Grundpfeiler der nationalen Identität und des sozialen Zusammenhalts. Unser Ziel ist es, die deutsche Sprache und Kultur vor ideologischen Einflüssen zu schützen und ihre Bedeutung in Bildung, Medien und Gesellschaft zu stärken.

- **Wahrung der deutschen Kultur und Sprache:** Wir fordern die aktive Förderung der deutschen Kultur und Sprache in allen Bereichen der Gesellschaft. Traditionelle Bräuche, Kunst, Literatur und Geschichte sollen als zentrale Bestandteile des Bildungssystems und der



öffentlichen Förderung betrachtet werden. Die deutsche Sprache ist das verbindende Element unserer Gesellschaft und muss in allen öffentlichen Bereichen gestärkt werden.

- **Abschaffung von Gendern:** Die DDD-Partei spricht sich gegen die verbindliche Verwendung von gendergerechter Sprache in öffentlichen Institutionen, Behörden und dem Bildungswesen aus. Wir sind der Meinung, dass Sprache natürlich und verständlich bleiben muss und durch das Gendern unnötig verkompliziert wird. Daher fordern wir die Abschaffung jeglicher verbindlicher Gender-Vorgaben in der öffentlichen Verwaltung.
- **Förderung der deutschen Sprache im Bildungssystem:** Die deutsche Sprache muss einen hohen Stellenwert im Bildungssystem behalten. Rechtschreibung, Grammatik und Ausdrucksfähigkeit sollen wieder verstärkt in den Lehrplänen verankert werden. Zudem setzen wir uns für eine umfassende Sprachförderung in der Erwachsenenbildung und in Integrationsprogrammen ein, um auch Migranten die Möglichkeit zu geben, die deutsche Sprache zu beherrschen um sich besser zu integrieren.

7. Reformierung der Europäischen Union (EU)

Die DDD-Partei steht für eine tiefgreifende Reform der Europäischen Union, die mehr Demokratie, Unabhängigkeit und eine faire Entscheidungsstruktur in der EU fördert. Wir setzen uns für eine EU ein, die stärker die Interessen ihrer Bürger und Mitgliedsstaaten vertritt und dabei frei von externen Einflüssen agiert.

- **Direkte Demokratie auf EU-Ebene:** Die DDD-Partei fordert die Einführung direkter demokratischer Elemente auf EU-Ebene. Über eine digitale Plattform sollen Bürgerinnen und Bürger an wichtigen Entscheidungen mitwirken können, wie beispielsweise an der Verabschiedung von EU-Richtlinien oder Vertragsänderungen.
- **Neutrale und unabhängige EU:** Die EU muss als eigenständiger und souveräner Akteur auf der Weltbühne auftreten. Wir setzen uns für eine EU ein, die sich unabhängig von externen Einflüssen macht und ihre eigenen strategischen Interessen, insbesondere in den Bereichen Energie, Technologie und Verteidigung, verfolgt.
- **Faire Stimmverteilung in der EU:** Die DDD-Partei fordert eine faire Verteilung der Stimmgewichte in den EU-Entscheidungsorganen. Länder mit einer größeren Bevölkerung sollen mehr Stimmrechte haben, ebenso wie Staaten, die finanziell stärker zur EU beitragen. Dies soll zu einer gerechten und verantwortungsvollen Entscheidungsfindung in der EU führen.
- **Freier Handel und EU-Verteidigungsbündnis:** Wir bekennen uns zum freien Handel zwischen den EU-Staaten und setzen uns für den Aufbau einer eigenständigen EU-Verteidigungsstruktur ein, die langfristig eine unabhängige europäische Verteidigungsfähigkeit sicherstellt.



8. Neutralität und Unabhängigkeit Deutschlands

Die DDD-Partei steht für ein souveränes und unabhängiges Deutschland, das frei von äußeren Einflüssen seine eigene Politik bestimmt. Wir fordern eine friedliche und neutrale Außenpolitik, die auf diplomatischen Lösungen basiert, und eine moderne, eigenständige Verteidigungspolitik, die auf die Sicherheit der EU ausgerichtet ist.

- **Neutralität und Unabhängigkeit in der Außenpolitik:** Deutschland soll sich in internationalen Konflikten neutral verhalten und unabhängig von äußeren Mächten selbst entscheiden, mit wem es Handel treibt oder internationale Abkommen schließt. Deutschland soll sich als Vermittler und Schlichter in globalen Krisen positionieren und seine Außenpolitik auf friedliche Lösungen ausrichten.
- **Friedliche und freundschaftliche Beziehungen:** Deutschland muss friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu allen Ländern anstreben, insbesondere zu seinen Nachbarstaaten. Konflikte sollen durch Dialog und Verhandlungen gelöst werden, anstatt auf militärische Mittel zu setzen.
- **Moderne Bundeswehr für die EU-Verteidigung:** Die DDD-Partei setzt sich für eine gut ausgerüstete, moderne Bundeswehr ein, die sich auf die Verteidigung der EU konzentriert. Wir lehnen die Wiedereinführung eines Grundwehrdienstes ab und setzen stattdessen auf ein freiwilliges Zeitsoldatenmodell. Die Bundeswehr muss modernisiert und technologisch auf den neuesten Stand gebracht werden, um ihre Verteidigungsfähigkeit sicherzustellen.
- **Ausstieg aus der Stationierung ausländischer Truppen und Waffen:** Die DDD-Partei fordert den **vollständigen Abzug aller ausländischen Truppen und Waffen** von deutschem Boden. Deutschland soll keine **fremden Nuklearwaffen** oder anderen Waffensysteme stationieren, über die es keine **volle Kontrolle** hat und die das Land zu einer potenziellen **Zielscheibe** in internationalen Konflikten machen könnten. Die **militärische Souveränität** Deutschlands zusammen mit EU-Mitgliedstaaten muss gestärkt und von äußeren Mächten **unabhängiger** gestaltet werden, um eine eigenständige Verteidigungsstrategie zu gewährleisten.
- **Ausstieg aus der NATO:** Die DDD-Partei fordert den **Ausstieg Deutschlands aus dem NATO-Bündnis**, um eine wirklich unabhängige Außen- und Verteidigungspolitik zu verfolgen. Deutschland soll keine Verpflichtungen gegenüber internationalen Militärbündnissen haben, die es in militärische Konflikte hineinziehen könnten. Stattdessen streben wir eine eigenständige Verteidigungsstruktur an, die auf die Sicherung der EU und den Schutz ihrer Mitgliedstaaten fokussiert ist.



9. Positionierung Deutschlands zum Russland-Ukraine-Konflikt

Die DDD-Partei setzt sich für eine **neutrale und friedliche Außenpolitik** ein und fordert, dass Deutschland im Russland-Ukraine-Konflikt keine militärische Unterstützung leistet. Aufgrund der historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber den Menschen in Russland und der Ukraine dürfen keine Waffen geliefert werden. Stattdessen muss sich Deutschland als **Vermittler** und **Diplomat** für eine friedliche Lösung einsetzen.

- **Keine Waffenlieferungen:** Aus ethischen Gründen und aufgrund der historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber den ehemaligen Sowjetrepubliken lehnen wir jegliche Waffenlieferungen an Russland oder die Ukraine ab. Deutschland darf militärisch nicht in diesen Konflikt eingreifen.
- **Diplomatische Lösung:** Deutschland muss eine neutrale Position einnehmen und sich als Vermittler für Friedensverhandlungen und diplomatische Lösungen einsetzen.
- **Fortsetzung des Handels:** Unabhängig vom Konflikt muss der Handel mit Russland und der Ukraine, insbesondere in den Bereichen Energie, Bodenressourcen und Nahrungsmittel, fortgesetzt werden.
- **Humanitäre Unterstützung:** Deutschland soll sich auf humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung konzentrieren, um den Menschen in den betroffenen Gebieten zu helfen.
- **Aufhebung der Sanktionen:** Die DDD-Partei fordert die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland, um die wirtschaftlichen Beziehungen wieder zu normalisieren.
- **Reparatur der Gaspipeline:** Die beschädigte Gaspipeline muss repariert und in Betrieb genommen werden, um die Energieversorgung Deutschlands zu sichern.

10. Hybride Energieversorgung in Deutschland

Die DDD-Partei setzt sich für den Aufbau einer **hybriden Energieversorgung** ein, die den Schwerpunkt auf **erneuerbare Energien** legt und Atomkraft sowie Gas als **Übergangslösungen** verwendet. Unser Ziel ist es, eine nachhaltige und kostengünstige Energieversorgung für Deutschland zu schaffen, die sowohl die Umwelt schützt als auch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie stärkt.

- **Erneuerbare Energien als Hauptziel:** Der Ausbau erneuerbarer Energien wie Windkraft, Solarenergie und Wasserkraft steht im Zentrum der Energiepolitik. Diese Technologien sollen den Großteil der Energieversorgung übernehmen und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und Atomkraft langfristig beenden.



- **Atom- und Gasenergie als Übergangslösungen:** Atomkraft und Gas sollen in der Übergangsphase genutzt werden, um die Energiesicherheit zu gewährleisten, bis Deutschland vollständig von erneuerbaren Energien versorgt wird. Zuerst soll die Abhängigkeit von Gas beendet und dann die Atomkraft abgeschafft werden.
- **Stilllegung von Kohlekraftwerken:** Kohlekraftwerke sollen stillgelegt werden, aber als Notfallreserve erhalten bleiben, um in Katastrophenfällen als letzte Option reaktiviert werden zu können.
- **Günstige Energiepreise für die Industrie:** Die Energiepreise in Deutschland müssen gesenkt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem globalen Markt zu stärken und die deutsche Wirtschaft zu sichern.

11. Einstellung der Auszahlungen von Entwicklungshilfen und Reparationen

Die DDD-Partei setzt sich für die **Beendigung der Reparationen** aus dem Zweiten Weltkrieg sowie für eine **Neuorientierung der Entwicklungshilfen** ein. Nach über 80 Jahren seit dem Ende des Krieges halten wir es für an der Zeit, dieses Kapitel der Geschichte abzuschließen. Gleichzeitig sollen Entwicklungshilfen eingeschränkt werden und nur auf **effiziente und nachhaltige Projekte** konzentriert werden, die echte Verbesserungen vor Ort bewirken.

- **Einstellung der Reparationen:** 80 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg ist es an der Zeit, die verbleibenden Reparationen zu beenden. Heute tragen weder die deutsche Bevölkerung noch die meisten Empfängerländer eine direkte Verbindung zu den damaligen Ereignissen. Die DDD-Partei respektiert die Opfer des Krieges und die historische Verantwortung Deutschlands, ist jedoch der Meinung, dass diese Zahlungen eingestellt werden sollen, um die internationalen Beziehungen auf eine zukunftsorientierte Basis zu stellen.
- **Effizienz der Entwicklungshilfe:** Entwicklungshilfen sollen zuerst stark eingeschränkt werden und dürfen nicht durch pauschale Zahlungen, sondern durch gezielte, projektbasierte Programme erfolgen, die messbare Verbesserungen für die Menschen vor Ort erzielen.

12. Reform der Staatsverwaltung und Digitalisierung

Die DDD-Partei setzt sich für eine umfassende Reform der Staatsverwaltung ein, bei der durch **Digitalisierung** und **Automatisierung** mit Hilfe moderner Technologien wie **Blockchain** und **künstlicher Intelligenz** die Effizienz gesteigert und Verwaltungsprozesse vereinfacht werden. Ziel ist es, die Anzahl der besetzten Stellen in der Verwaltung zu halbieren und dadurch sowohl **Kosteneinsparungen** zu erzielen als auch qualifiziertes Personal für die deutsche Wirtschaft freizustellen.



- **Digitalisierung und Automatisierung:** Durch die Einführung moderner Technologien wie Blockchain und KI sollen staatliche Prozesse vereinfacht, automatisiert und digitalisiert werden, um eine schnellere und effizientere Verwaltung zu gewährleisten.
- **Reduzierung von Verwaltungsstellen:** Die DDD-Partei strebt eine Halbierung der Verwaltungsstellen an, um Kosten zu sparen und Personal freizusetzen, das in der deutschen Wirtschaft dringend benötigt wird.
- **Kosteneinsparungen:** Der Einsatz von Automatisierungstechnologien und digitalen Prozessen führt zu erheblichen Einsparungen im Staatshaushalt, die in andere wichtige Projekte investiert werden können.
- **Förderung der digitalen Transformation:** Der öffentliche Dienst soll eine Vorreiterrolle bei der digitalen Transformation einnehmen und als Beispiel für andere Sektoren dienen.

13. Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) und GEZ-Gebühren

Die DDD-Partei setzt sich für eine drastische **Reduzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks** in Deutschland ein. Künftig soll nur noch eine kleine Anzahl an TV- und Radiosendern staatlich finanziert werden, während alle übrigen Sender sich ohne öffentliche Gelder am **freien Markt** behaupten müssen. Ziel ist es, durch **Wettbewerb** die journalistische Qualität zu steigern und die Bürger durch die Abschaffung der **GEZ-Gebühren** finanziell zu entlasten.

- **Abschaffung der GEZ-Gebühren:** Mit der Reduzierung der staatlich finanzierten Sender fordert die DDD-Partei die **Abschaffung der GEZ-Gebühren**. Da nur noch wenige Sender aus öffentlichen Geldern finanziert werden, entfällt der Bedarf für den Rundfunkbeitrag, was eine **finanzielle Entlastung** der Bürger zur Folge hat.
- **Reduzierung der staatlich finanzierten Sender:** Die Anzahl der durch öffentliche Gelder finanzierten TV- und Radiosender soll stark reduziert werden. Nur eine kleine Anzahl an Sendern, die sich auf die **Grundversorgung der Bevölkerung mit objektiver Berichterstattung** konzentrieren, wird weiterhin aus staatlichen Mitteln finanziert.
- **Unabhängigkeit der Sender:** Die verbleibenden öffentlich-rechtlichen Sender sollen **unabhängig voneinander** agieren, ohne enge Zusammenarbeit oder Abhängigkeit. Dies wird den Wettbewerb fördern und zu einer größeren **Vielfalt** der Berichterstattung führen, ähnlich wie in der freien Marktwirtschaft.
- **Marktprinzipien und Selbstfinanzierung für die übrigen Sender:** Alle anderen Sender, die bisher durch Rundfunkbeiträge finanziert wurden, sollen sich künftig **ohne staatliche Unterstützung** am freien Markt behaupten.



- **Wettbewerb und Vielfalt:** Die DDD-Partei setzt auf **Wettbewerb** als Mittel zur Steigerung der journalistischen Qualität und zur Erhöhung der Vielfalt der Berichterstattung. Unabhängige Sender, die wirtschaftlich erfolgreich sind und relevante Inhalte bieten, werden durch den Wettbewerb gestärkt, während schwächere Sender ausscheiden.

14. Bürgergeldempfänger und öffentliche Arbeiten

Die DDD-Partei fordert, dass Bürgergeldempfänger im Rahmen ihrer Unterstützung durch den Staat **Allgemeinarbeiten** übernehmen, die dem **Wohl der Öffentlichkeit** dienen. Diese Tätigkeiten sollen in einem festgelegten monatlichen **Stundenkontingent** erbracht werden und darauf abzielen, das soziale Miteinander zu fördern und gleichzeitig einen **gesellschaftlichen Beitrag** zu leisten.

- **Einsatz für das Gemeinwohl:** Bürgergeldempfänger sollen Aufgaben übernehmen, die der **Allgemeinheit** zugutekommen, wie z. B. die Pflege öffentlicher Parks, Unterstützung in sozialen Einrichtungen oder die Mithilfe bei öffentlichen Veranstaltungen. Diese Arbeiten fördern das **Gemeinwohl** und bieten den Empfängern die Möglichkeit, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen.

- **Festgelegtes Stundenkontingent:** Die Bürgergeldempfänger sollen ein monatliches **Stundenkontingent** erfüllen, das an ihre Unterstützung gekoppelt ist. Diese Arbeitsstunden sind so gestaltet, dass sie die Empfänger nicht überlasten, aber dennoch eine **sinnvolle Beschäftigung** darstellen, die zum Nutzen der Gesellschaft beiträgt.

- **Förderung von Integration und Eigenverantwortung:** Die Teilnahme an diesen Arbeiten soll den Bürgergeldempfängern helfen, **soziale Kontakte** zu knüpfen, ihre **Fähigkeiten** weiterzuentwickeln und einen Schritt in Richtung **Eigenverantwortung** zu gehen. Gleichzeitig wird ihre **Integration** in die Gesellschaft gefördert.

- **Angemessene Tätigkeiten:** Die zugewiesenen Arbeiten müssen **angemessen** und mit den individuellen Fähigkeiten der Bürgergeldempfänger vereinbar sein. Diese Tätigkeiten dürfen die Empfänger nicht benachteiligen oder unangemessen fordern, sondern sollen ihre **gesellschaftliche Teilhabe** und die Weiterentwicklung ihrer **Kompetenzen** unterstützen.

15. Reform der Krankenkassen und Digitalisierung des Gesundheitssystems

Die DDD-Partei setzt sich für eine umfassende **Reform der Krankenkassen** ein, die durch **Digitalisierung** und **Automatisierung** die Effizienz steigert, Verwaltungskosten reduziert und den Versicherten eine bessere Versorgung bietet. Ähnlich wie bei der Reform der Staatsverwaltung soll der Einsatz moderner Technologien wie **künstlicher Intelligenz (KI)**



und **Blockchain**-Technologien dazu beitragen, Prozesse zu vereinfachen, Transparenz zu erhöhen und die **Qualität der Gesundheitsversorgung** zu verbessern.

- **Digitalisierung und Automatisierung der Krankenkassenprozesse:** Krankenkassen sollen verstärkt auf **automatisierte Abläufe** setzen, um **Anträge, Abrechnungen** und **Datenaustausch** schneller und effizienter zu gestalten. Die Einführung eines zentralisierten **digitalen Gesundheitsportals** für alle Versicherten soll es ermöglichen, **Behandlungsverläufe, Rechnungen** und **Anträge** digital einzusehen und zu verwalten. Dies reduziert den Verwaltungsaufwand und sorgt für eine schnellere Bearbeitung.
- **Einsatz von KI zur Diagnoseunterstützung und Kostenkontrolle:** Die DDD-Partei fordert den Einsatz von **künstlicher Intelligenz** zur **Analyse von Gesundheitsdaten**. Dies hilft, **Diagnosen** präziser und schneller zu stellen und die **Kosten** für die Krankenkassen zu senken, indem unnötige Behandlungen vermieden und personalisierte Behandlungsempfehlungen gegeben werden. Gleichzeitig können Krankenkassen durch KI-gestützte Systeme **Risikoprofile** von Versicherten besser einschätzen und so **präventive Maßnahmen** fördern.
- **Blockchain für mehr Transparenz und Datensicherheit:** Der Einsatz von **Blockchain-Technologien** soll die **Sicherheit und Transparenz** der Gesundheitsdaten erhöhen. Jeder Schritt in der Patientenversorgung, von der Diagnose bis zur Abrechnung, kann nachvollziehbar und fälschungssicher dokumentiert werden. Dies verbessert das **Vertrauen** zwischen Krankenkassen, Versicherten und Leistungserbringern und sorgt für **fehlerfreie** Abrechnungen.
- **Vereinheitlichung von Kassenleistungen und Kostentransparenz:** Die DDD-Partei setzt sich dafür ein, dass die Leistungen der Krankenkassen **vereinheitlicht** und transparent dargestellt werden. Versicherten soll es möglich sein, über ein digitales System **Vergleiche** zwischen den Leistungen verschiedener Krankenkassen anzustellen. Dies fördert die **Wettbewerbsfähigkeit** zwischen den Kassen und erhöht die **Transparenz** für Versicherte, sodass die Versicherten die Krankenkasse wählen können, die ihren Bedürfnissen am besten entspricht.
- **Reduzierung der Verwaltungskosten und Förderung von Prävention:** Durch die Digitalisierung und Automatisierung von Verwaltungsprozessen, sollen die **Verwaltungskosten** der Krankenkassen deutlich gesenkt werden. Diese Einsparungen können in **präventive Gesundheitsmaßnahmen** und **innovative Therapien** investiert werden, die langfristig die Gesundheitskosten senken, indem sie Krankheiten frühzeitig verhindern.
- **Automatisierung und Robotisierung im Pflegebereich:** Die DDD-Partei sieht großes Potenzial in der **Automatisierung** von Pflegeleistungen. Roboter können in verschiedenen Bereichen der Pflege eingesetzt werden, wie z. B. in der **körperlichen Unterstützung** von Pflegebedürftigen, bei **Routineaufgaben** oder zur **Begleitung und Überwachung**. Diese Technologien, wie z. B. **soziale Roboter** und **Assistenzroboter**, werden in vielen Ländern bereits erprobt und bieten eine sinnvolle Lösung, um den Pflegekräftemangel zu



kompensieren und gleichzeitig die **Lebensqualität** der pflegebedürftigen Personen zu verbessern. Studien zeigen, dass **Pflege-Roboter** die physische und psychische Belastung von Pflegekräften reduzieren und eine **verlässliche Unterstützung** bei alltäglichen Aufgaben bieten können.

- **Anwendungsfelder von Pflege-Robotern:** Pflege-Roboter können z. B. bei der **Mobilitätsunterstützung**, dem **Heben von Patienten**, der **Medikamentenverteilung** und der **emotionalen Begleitung** helfen. Diese Roboter sind darauf ausgelegt, autonom oder in Zusammenarbeit mit Pflegekräften zu arbeiten, um die Effizienz in Pflegeeinrichtungen zu steigern. Studien haben gezeigt, dass durch die Einführung dieser Technologien sowohl die **Pflegequalität** verbessert als auch die **Kosten** langfristig gesenkt werden können.
- **Technologie im Pflegealltag:** Durch den Einsatz von Robotern im Pflegebereich, wie es in Ländern wie Japan bereits umfassend erprobt wird, können Routinearbeiten automatisiert und gleichzeitig die **Sicherheit** und **Autonomie** der Pflegebedürftigen gestärkt werden. Dies trägt dazu bei, den Pflegedienst zu entlasten und den Fachkräftemangel in diesem Bereich zu mildern.

16. Digitalisierung und Automatisierung öffentlicher Bereiche

Die DDD-Partei fordert eine umfassende **Überprüfung aller öffentlichen Bereiche**, um überall dort, wo es sinnvoll ist, durch **Digitalisierung** und **Automatisierung** die **Entbürokratisierung** voranzutreiben, **Transparenz** und **Sicherheit** zu erhöhen sowie die **Bearbeitungszeiten** zu reduzieren und **menschliche Fehler** zu minimieren. Durch den gezielten Einsatz moderner Technologien wie **Blockchain** und **künstlicher Intelligenz (KI)** sollen öffentliche Prozesse effizienter und transparenter gestaltet werden.

- **Einsatz von Blockchain für Transparenz und Sicherheit:** Die DDD-Partei setzt auf **Blockchain-Technologie**, um in öffentlichen Bereichen wie der Verwaltung, Justiz und dem Gesundheitswesen eine **fälschungssichere** und **transparente** Datenverarbeitung zu gewährleisten. Blockchain bietet den Vorteil, dass alle Transaktionen oder Datenänderungen **nachvollziehbar** und **unveränderbar** sind, was insbesondere bei sensiblen Prozessen, wie der Verwaltung öffentlicher Gelder oder Bürgerdaten, ein hohes Maß an **Sicherheit** schafft.
- **Künstliche Intelligenz zur Automatisierung und Fehlervermeidung:** KI kann in vielen Bereichen der öffentlichen Verwaltung eingesetzt werden, um **manuelle Aufgaben zu automatisieren**, Anträge und Anfragen schneller zu bearbeiten und **Fehlerquoten** durch menschliche Eingriffe zu minimieren. Dadurch können Verwaltungsvorgänge nicht nur effizienter, sondern auch **kostengünstiger** gestaltet werden, während die **Bearbeitungszeiten** für Bürger und Unternehmen erheblich verkürzt werden.
- **Entbürokratisierung durch digitale Prozesse:** Ein zentrales Ziel der DDD-Partei ist es, den **Bürokratieabbau** durch digitale Prozesse voranzutreiben. Dies umfasst die **Vereinheitlichung** und **Automatisierung** von Formularen und Verwaltungsanträgen, die direkte digitale



Verarbeitung und die **elektronische Kommunikation** zwischen Behörden und Bürgern. Die Bürger sollen alle ihre Angelegenheiten **online** abwickeln können, ohne unnötigen Papierkram oder lange Bearbeitungszeiten.

- **Überprüfung und Optimierung öffentlicher Bereiche:** Die DDD-Partei möchte alle öffentlichen Bereiche systematisch überprüfen, um festzustellen, wo **Digitalisierung** und **Automatisierung** sinnvoll eingesetzt werden können. Dies umfasst unter anderem die Bereiche **Steuerverwaltung, Bau- und Umweltgenehmigungen, Sozialhilfeanträge** und **Gesundheitsdienstleistungen**. Ziel ist es, **ineffiziente Prozesse** zu identifizieren und diese durch technologische Lösungen zu ersetzen.

17. Finanz- und Steuerreform

Die DDD-Partei fordert eine umfassende **Steuerreform**, die sowohl die **Vereinfachung des Steuersystems** als auch die **Senkung der Steuerabgaben** für Unternehmen und Privatpersonen in Deutschland zum Ziel hat. Durch den Einsatz moderner Technologien wie **Blockchain** und **künstlicher Intelligenz (KI)** soll das Steuersystem für Bürger und Unternehmen **überschaubarer, transparenter** und **effizienter** werden. Gleichzeitig müssen die hohen Steuerabgaben gesenkt werden, um die **Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands** zu verbessern und Investitionen sowie Fachkräfte anzuziehen.

- **Vereinfachung des Steuersystems durch neue Technologien:** Das deutsche Steuersystem ist derzeit komplex und schwer verständlich, was zu unnötigen Bürokratiehürden und Unsicherheiten führt. Die DDD-Partei setzt sich für den **Einsatz von Blockchain und KI** ein, um Steuerprozesse zu **automatisieren** und zu **vereinfachen**. Bürger und Unternehmen sollen in der Lage sein, ihre Steuerangelegenheiten digital und unkompliziert abzuwickeln. **Blockchain** sorgt für **Transparenz und Sicherheit**, während **KI-gestützte Systeme** helfen, **Steuererklärungen zu automatisieren** und **Fehlerquoten zu minimieren**.

- **Senkung der Einkommensteuer auf maximal 30 %:** Die DDD-Partei fordert eine **Senkung der maximalen Einkommenssteuer** auf einen **Spitzensatz von 30 %**. Hohe Steuerbelastungen behindern die **Wettbewerbsfähigkeit** deutscher Unternehmen im internationalen Vergleich und machen den Standort Deutschland für ausländische Investitionen unattraktiv. Durch die Senkung der Steuersätze soll Deutschland wieder zu einem **attraktiven Wirtschaftsstandort** werden.

- **Förderung von Fremdinvestitionen und Vermeidung von Abwanderung:** Die derzeit hohen Steuersätze schrecken **ausländische Unternehmen** und **Fachkräfte** ab, in Deutschland zu investieren oder ihre Arbeitskraft miteinzubringen. Die DDD-Partei sieht dies als eine der Hauptursachen dafür, dass Unternehmen und hochqualifizierte Fachkräfte in andere Länder abwandern, wo die steuerlichen Bedingungen attraktiver sind. Durch eine **Steuersenkung** soll Deutschland wieder ein **attraktiver Standort** für internationale Investoren und Fachkräfte werden.



- **Attraktivität für Fachkräfte steigern:** Neben Unternehmen meiden auch **hochqualifizierte Fachkräfte** Deutschland wegen der hohen Steuerlast. Die Senkung der Einkommenssteuer auf maximal 30 % soll dazu beitragen, Deutschland als attraktives Arbeitsland zu positionieren, um den **Fachkräftemangel** zu lindern.

18. Bürgergeld und Mindestlohn

Die DDD-Partei erkennt die Bedeutung einer **Grundsicherung in Notlagen** an, fordert jedoch eine klare Differenzierung zwischen der Unterstützung von Bürgergeldempfängern und dem **Nettoeinkommen von Arbeitenden**. Es muss sichergestellt werden, dass arbeitende Personen mindestens **50 % netto mehr** verdienen als ein Bürgergeldempfänger, damit sich **Arbeiten lohnt**. Diese Differenz kann durch die Kopplung des **Mindestlohns** an das Bürgergeld erreicht werden.

- **Kopplung des Mindestlohns an die Grundsicherung:** Der Mindestlohn soll an die Höhe der Grundsicherung gekoppelt sein und mindestens **50 % netto** mehr betragen als das, was ein Bürgergeldempfänger erhält. Dies wird gewährleisten, dass Arbeiten attraktiver bleibt und Menschen einen Anreiz haben einer Beschäftigung nachzugehen, statt auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein.
- **Aktuelle Ungerechtigkeit beseitigen:** Derzeit ist das Verhältnis zwischen **Bürgergeld** und **Mindestlohn** oft **1 zu 1**, was zu einem Ungleichgewicht führt, da arbeitende Menschen nicht signifikant mehr verdienen als Bürgergeldempfänger. Die DDD-Partei sieht dies als **ungerecht** gegenüber arbeitenden Personen an und fordert, dass sich dies grundlegend ändern muss.
- **Keine zusätzliche Belastung für Arbeitgeber:** Die Anhebung des Mindestlohns wird nicht durch **zusätzliche Kosten für Arbeitgeber** oder Unternehmen erreicht, sondern durch eine **Einkommensteuersenkung**, die arbeitende Menschen entlastet. Das Problem liegt nicht in der Höhe des Bürgergeldes, sondern in der hohen Steuerbelastung der arbeitenden Bevölkerung, die ihren Nettoverdienst schmälert. Eine **Steuersenkung** wird es ermöglichen, dass Menschen die arbeiten, mehr Netto vom Brutto behalten.
- **Vermeidung von Armut und Anreize für Arbeit:** Durch die Kopplung des Mindestlohns an die Grundsicherung soll ein System geschaffen werden, das **Armut vermeidet** und gleichzeitig **Anreize für Erwerbstätigkeit** schafft. Arbeiten muss immer **finanziell lohnenswert** sein, und dieser Punkt ist zentral, um **soziale Gerechtigkeit** zu gewährleisten.

19. Wirtschaftspolitik und Marktregulierung

Die DDD-Partei befürwortet und fördert eine **freie Marktwirtschaft**, in der der Staat zwar die **Rahmenbedingungen** setzt, sich aber nicht aktiv in die wirtschaftlichen Prozesse einmischt.



Die Rolle des Staates soll darauf beschränkt sein, die notwendigen **Weichen** zu schaffen, um die **Wettbewerbsfähigkeit** zu sichern und **grundlegende Werte** zu schützen, wie etwa den Mindestlohn. Der Mindestlohn soll einen festen Bestand haben und nicht willkürlich festgelegt werden, um sowohl den Arbeitnehmern als auch den Unternehmen Planungssicherheit zu geben.

- **Förderung der freien Marktwirtschaft:** Die DDD-Partei sieht die **freie Marktwirtschaft** als den besten Weg, um **Innovation, Wettbewerb** und **wirtschaftliches Wachstum** zu fördern. Der Markt soll weitgehend selbst regulierend funktionieren und der Staat darf nur dann eingreifen, wenn es um den **Schutz von Grundwerten** geht, wie z. B. die Gewährleistung eines fairen und gerechten Mindestlohns. **Staatliche Eingriffe** in die Wirtschaft sollen auf ein Minimum beschränkt werden, um die **wirtschaftliche Freiheit** zu wahren.

- **Klarer Mindestlohn ohne willkürliche Anpassungen:** Der Mindestlohn ist ein wichtiges Instrument um die **soziale Gerechtigkeit** zu gewährleisten, darf aber nicht nach Belieben geändert werden. Die DDD-Partei setzt sich dafür ein, dass der Mindestlohn an klare **Regelungen** gebunden ist, die eine **langfristige Stabilität** bieten. Dies gibt sowohl den Unternehmen als auch den Arbeitnehmern Sicherheit und schützt den Markt vor unnötigen Eingriffen.

- **Ablehnung von Subventionen:** Die DDD-Partei lehnt **Subventionen** ab, außer sie dienen dazu eine **akute Notlage** abzufedern. Subventionen verzerren den Markt und führen zu **Ineffizienz** und **Fehlallokationen von Ressourcen**. Nur in Ausnahmefällen, wie z. B. in Krisenzeiten oder bei Naturkatastrophen, darf der Staat finanzielle Hilfen leisten. Ansonsten muss sich die Wirtschaft frei von staatlichen Einflüssen entwickeln können.

- **Fokus auf marktwirtschaftliche Prinzipien:** Die DDD-Partei ist überzeugt, dass eine funktionierende Marktwirtschaft der beste Weg ist, um **Wohlstand** und **soziale Stabilität** zu fördern. Durch den Abbau von staatlichen Eingriffen und die **Fokussierung auf Wettbewerb** wird sichergestellt, dass Unternehmen effizient arbeiten und gleichzeitig ein fairer Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital gewährleistet wird.

20. Umwelt und Wohlstand

Die DDD-Partei betrachtet **Umwelt** und **Wohlstand** als **unzertrennbare Elemente**, die in Einklang gebracht werden müssen, um eine nachhaltige Zukunft zu sichern. Die Partei setzt sich für die **CO₂-Reduktion**, die **Förderung erneuerbarer Energien** und die **Weiterentwicklung bestehender Energieformen** ein, um den Wohlstand zu sichern und gleichzeitig die **Umwelt so wenig wie möglich zu belasten**. DDD ist der Ansicht, dass **deutsche Innovationen** und Technologien der Schlüssel sind um der Welt zu helfen umweltfreundlicher zu werden, anstatt sich auf kleine Einsparungen zu konzentrieren, die die deutsche Wirtschaft belasten.



- **Wohlstand und Umwelt als Einheit:** Die DDD-Partei vertritt die Auffassung, dass **wirtschaftlicher Wohlstand** und der Schutz der Umwelt **nicht gegeneinander ausgespielt** werden dürfen. Deutschland soll wirtschaftlich stark bleiben, um **Umweltprojekte** auf nationaler und globaler Ebene finanzieren zu können. Nur ein wohlhabendes Land kann nachhaltige Innovationen vorantreiben und globale Lösungen anbieten.
- **CO₂-Reduktion und Förderung erneuerbarer Energien:** Die DDD-Partei unterstützt die **Reduktion von CO₂-Emissionen** und den **Ausbau erneuerbarer Energien**. Gleichzeitig soll auch die **Weiterentwicklung bestehender Energien** (wie effizientere fossile Brennstoffe) gefördert werden, um die Energiewende wirtschaftlich zu gestalten.
- **Nachhaltige Mobilität:** DDD fordert den **Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs**, die Förderung von **Fahrrad- und Fußwegen** sowie die Förderung nachhaltiger Mobilitätskonzepte, um die **Umweltbelastung durch den Verkehr** zu reduzieren.
- **Globale Verantwortung für die Umwelt:** DDD stellt fest, dass in anderen Teilen der Welt die Umweltverschmutzung im Vergleich zu Deutschland weitaus höher ist. Deshalb sieht die Partei Deutschland in der Verantwortung **Technologien zu entwickeln**, die der **ganzen Welt helfen** umweltfreundlicher zu werden. Deutsche Innovationen in Bereichen wie erneuerbare Energien, Recycling, und CO₂-neutrale Produktion können global viel größeren Einfluss haben, als allein auf nationale Maßnahmen zu setzen.
- **Ressourcen und Freihandel als Basis für Innovation:** Um diese Technologien zu entwickeln, benötigt Deutschland den Zugang zu **Energie** und **Materialressourcen** aus der ganzen Welt. DDD setzt sich daher für **Freihandel** und faire **Rohstoffverträge** mit anderen Staaten ein. Durch den Zugang zu diesen Ressourcen kann Deutschland die notwendigen **Umwelttechnologien** entwickeln, um globale Umweltprobleme anzugehen.
- **Deutschland als Vorreiter für Innovation, nicht für Sparmaßnahmen:** Die DDD-Partei ist der Meinung, dass Deutschland nicht in allen Bereichen einsparen, sondern stattdessen in **technologische Innovationen** investieren sollte, die langfristig zur Schonung der Umwelt beitragen. Deutschland muss als **Innovationsführer** agieren und der Welt **umweltfreundliche Technologien** anbieten, statt als Sparvorbild zu dienen.

21. Deutsche Wertmünze (DWM) – Ein digitales Gold für Deutschland

Die DDD-Partei sieht in neuen Technologien wie **Blockchain** und **künstlicher Intelligenz (KI)** einen entscheidenden Fortschritt für die deutsche Wirtschaft. Um das Vertrauen in die deutsche Wirtschaft weltweit zu stärken und die **Unabhängigkeit Deutschlands** weiter zu fördern, plant die DDD die Einführung der **Deutschen Wertmünze (DWM)**. Diese **Blockchain-basierte** Münze soll als digitales Pendant zu Gold fungieren und die **wirtschaftliche Stärke Deutschlands** widerspiegeln.



Ziele und Funktionen der DWM:

- **Wertsteigernd und transparent:** Die DWM basiert auf der **Blockchain-Technologie**, die maximale **Transparenz, Sicherheit** und **Nachvollziehbarkeit** bietet. Ihr Wert wird sich im Einklang mit der **Leistung der deutschen Wirtschaft** entwickeln, was sie zu einem verlässlichen und vertrauenswürdigen **Investitionsinstrument** macht, sowohl im Inland als auch auf globalen Märkten.
- **Unabhängigkeit und Stabilität:** Die Einführung der DWM zielt darauf ab, Deutschland wirtschaftlich **unabhängiger von externen Einflüssen** zu machen. Die DWM könnte langfristig eine **stabilisierende Rolle** im globalen Finanzsystem übernehmen und somit zur wirtschaftlichen Sicherheit des Landes beitragen. Diese Stabilität ist besonders relevant in Zeiten geopolitischer und finanzieller Unsicherheit.
- **Lösungen für nationale Herausforderungen:**
 - **Immobilienmarkt:** Die DWM kann als **Investitionsmöglichkeit** im Immobiliensektor eingesetzt werden. Dadurch könnten innovative **Finanzierungsmodelle** geschaffen werden, die den deutschen Immobilienmarkt stabilisieren und erschwinglicher gestalten.
 - **Rentenabsicherung:** Ein Teil des **Rentenversicherungssystems** könnte durch Investitionen in die DWM gestützt werden. Diese Investitionen würden langfristig dazu beitragen, die **Stabilität des Rentensystems** zu erhöhen und auf demografische Herausforderungen wie die **alternde Bevölkerung** zu reagieren.
- **Vertrauenswürdige deutsche Technik und Wirtschaft:** Die DWM soll das weltweit bestehende **Vertrauen in die deutsche Technik und Wirtschaft** weiter stärken. Deutschland ist bekannt für seine Innovationskraft und Zuverlässigkeit, und die DWM könnte als **internationales Investitionsinstrument** genutzt werden, um Investoren anzuziehen die von der Stabilität und Innovationskraft der deutschen Wirtschaft profitieren möchten.
- **Internationale Attraktivität:** Die DWM wird als **globales Investmentinstrument** ausgelegt, das **weltweite Investoren** anziehen soll. Durch die Verbindung von **deutscher Ingenieurskunst, wirtschaftlicher Stabilität** und **fortschrittlicher Blockchain-Technologie** bietet die DWM eine attraktive Möglichkeit für internationale Investoren, ihr Kapital in ein **sicheres und wachstumsorientiertes** Umfeld zu investieren.

22. Renten und Generationenvertrag – Innovative Lösungen der DDD

Die DDD-Partei stellt sich den **Herausforderungen** des deutschen Rentensystems und erkennt, dass der bestehende **Generationenvertrag** in seiner aktuellen Form langfristig nicht mehr tragfähig ist. Die Partei setzt sich dafür ein, dass jede Generation die Verantwortung für ihre **eigene Altersvorsorge** übernimmt, ohne auf das Umlagesystem der nachfolgenden Generationen angewiesen zu sein. Dies soll durch innovative und nachhaltige Reformen des Rentensystems erreicht werden.



Ziele der DDD im Rentensystem:

- **Ablösung des Generationenvertrags:** Das derzeitige Rentensystem basiert auf dem Prinzip, dass die **arbeitende Generation** die Renten der älteren Generation finanziert. Die DDD sieht dieses System als langfristig untragbar an und verfolgt das Ziel, die Finanzierung auf eine **selbsttragende Altersvorsorge** umzustellen. Jede Generation soll ihre eigenen Mittel ansparen und investieren, um im Alter unabhängig von zukünftigen Beiträgen der nachfolgenden Generationen abgesichert zu sein.
- **Innovative Rentenlösungen mit der Deutschen Wertmünze (DWM):** Die DDD plant, die **Deutsche Wertmünze (DWM)** als **Investitionsinstrument** für die Altersvorsorge zu nutzen. Die DWM bietet eine innovative Möglichkeit, das Rentensystem zu stabilisieren und langfristig zu sichern. Durch Investitionen in die DWM wird das Rentensystem weniger abhängig von der **Beitragszahlerbasis** der nächsten Generationen und könnte durch eine **kapitalgedeckte Lösung** ergänzt oder ersetzt werden.
- **Höhere und gerechte Renten:** Die DDD betrachtet die derzeitigen Renten in Deutschland als **ungerecht und zu niedrig**. Durch eine Reform sollen **faire und angemessene Renten** sichergestellt werden, die es den Rentnern ermöglichen, ihren Lebensstandard im Alter zu halten. Dies kann durch eine Kombination aus **kapitalgedeckten Rentenlösungen** und klugen Investitionen in innovative Finanzinstrumente wie die DWM erreicht werden.
- **Verantwortungsbewusster Umgang mit der Rentenkrise:** Die DDD erkennt, dass das **Hinauszögern** einer umfassenden Rentenreform das Problem nur weiter verschärfen würde. Die Partei arbeitet daher an **konkreten und umsetzbaren Lösungen**, um die Rentenkrise nachhaltig zu bewältigen, bevor das System an seine Belastungsgrenzen stößt. Hierbei liegt der Fokus auf einer **frühzeitigen Anpassung** und der Einführung neuer Finanzierungsmechanismen, die sowohl den Bedürfnissen der Rentner als auch den Anforderungen einer alternden Gesellschaft gerecht werden.

Lösungsansätze der DDD:

- **DWM als Bestandteil der Rentenreform:** Die Deutsche Wertmünze wird als **Schlüsselkomponente** in der Rentenreform gesehen. Sie soll helfen, Renteninvestitionen zu sichern und das System durch eine **kapitalgedeckte Altersvorsorge** langfristig tragfähig zu machen. Dies könnte ein schrittweiser Übergang vom Umlagesystem hin zu einem **kapitalgedeckten Ansatz** sein, bei dem die Altersvorsorge durch kluge Investitionen stabilisiert wird.
- **Fokus auf Gerechtigkeit und soziale Absicherung:** Die DDD verfolgt das Ziel, das Rentensystem **gerechter** zu machen und sicherzustellen, dass alle Bürger im Alter eine **gesicherte Existenz** haben. Dies beinhaltet auch den Ausgleich von Ungerechtigkeiten im aktuellen System, um sicherzustellen, dass alle Menschen – unabhängig von ihrem Berufsweg oder ihren Beitragsjahren – eine faire Rente erhalten.